



Fraktion im Gemeinderat Balingen

Conny Richter
Stingstr. 16
72336 Balingen
conny_richter@gmx.de

Balingen, 23.02.2010

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Reitemann,
sehr geehrter Herr Schäfer,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

schon die Vorberatung zum Haushaltsentwurf zeigte das Spannungsfeld auf, in dem wir uns mit dem diesjährigen Haushalt befinden. Das Meinungsspektrum reicht von der Haltung „So schlimm ist das alles gar nicht, wir haben bisher noch jede Krise gemeistert“ bis hin zur „Alarmstufe rot“. Alle, so wie wir hier sitzen, haben sich ernsthaft und sich der Verantwortung bewusst, mit den Zahlen auseinandergesetzt, und kommen zu doch solch' sehr gravierend unterschiedlichen Beurteilungen des Zahlenwerks.

Ich habe in meinen alten Unterlagen gekramt, und musste schon etwas schmunzeln, denn schon vor sieben, acht Jahren waren wir bei denjenigen, die vor hohen Schuldenaufnahmen und allzu forschem Angehen von Investitionen und dem Wahrnehmen neuer freiwilliger Aufgaben gewarnt hatten, und dann stellte sich so Manches doch als realisierbar heraus. „Sehen Sie“, könnte man jetzt einwerfen, „so schlimm war das alles gar nicht, warum sollten wir es denn jetzt nicht auch schaffen?“

Wir wünschen uns sehr, dass diejenigen, die so frohgemut in die Zukunft blicken, Recht haben und uns so eines Besseren belehren können. Uns fehlt jedoch angesichts der massiv anderen Ausgangslage als damals der Glaube dazu. Zwischenzeitlich ist der Umbau der Stadthalle fast fertig, die Torbrückensanierung steht an, und noch weitere, dringende Vorhaben sollen angegangen werden.

Auch im Bereich der Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben hat sich in den letzten Jahren etliches Unverzichtbare etabliert. So gewähren z.B. Schulsozialarbeit, Wirtschaftsförderung oder auch die sicherheits- und ordnungsschaffenden Maßnahmen einen Standard auf modernem und

hohem Niveau. Doch nicht nur, was in unserer eigenen Verantwortung steht, kam an Verpflichtungen hinzu: der Ausbau der Kleinkindbetreuung sei hier lediglich als ein Beispiel genannt, womit uns Bund und Land zur Mehrleistung zwingen.

Ein Blick in die Investitionsplanung zeigt, dass die Umsetzung all dessen, was getan werden muss plus dem, was wir hier als notwendig erachten, keinerlei Luft und Spielraum zum weiteren Gestalten lässt. Es kann eigentlich nur noch erhalten und gehalten werden. Und auch das nur über den Griff aufs Schuldenkonto. Genau hier ist dann auch unsere Schmerzgrenze. Es spricht sicherlich nichts dagegen, für große Projekte einmal Schulden zu machen, wenn denn die Abzahlbarkeit in einem vernünftigen Zeitraum möglich erscheint. Eine solche Vorausschau und Vorausplanung können wir im Moment aber nicht erkennen, - im Gegenteil: die prognostizierte Haushaltsentwicklung zeigt in nur wenigen Jahren einen Schuldenstand von annähernd 40 Millionen Euro an. Selbst wenn es „nur“ bei den bis Jahresende prognostizierten 30 Millionen bliebe, wann und womit wollen wir die denn wieder loswerden?

Wenn unser Geld nicht mehr reicht, das damit zu tun, was notwendig und sinnvoll erscheint, ist es unserer Ansicht nach Zeit, ernsthaft nachzudenken: Wie sieht es mit unseren Ausgaben aus? Wie sieht es mit unseren Einnahmen aus?

Geben wir zuviel aus? Geben wir das Geld an den richtigen Stellen aus? Bringt das gebührenfreie Kindergartenjahr tatsächlich mehr Kinder in den Kindergarten? Brauchen wir wirklich alles was wir haben? Worauf kann man vorübergehend für ein paar Jahre verzichten? Was kann konzentriert und zusammengelegt werden? Was kann mit etwas weniger hohem Standard fast genauso gut erreicht werden? Kurz: es müssen alle die Fragen gestellt werden, die man sich privat auch stellen würde, wenn aufgrund außergewöhnlicher Belastungen und / oder durch Einnahmewegfälle der Haushalt nicht mehr stimmen würde.

Und so ist auf der Einnahmenseite zu fragen: Sind die Gebühren und Steuern noch angemessen, oder ist es mittlerweile gerechtfertigt, dem hohen Standard entsprechend Erhöhungen zu fordern? Sind Beiträge wie die Elternbeiträge für den Kindergarten einkommensabhängig nicht gerechter zu erheben? In unmittelbarer Nähe wie Metzingen, Reutlingen und Tübingen geht man schon längere Zeit diesen Weg. Auch eine maßvolle Grundsteuererhöhung halten wir zwischenzeitlich für angebracht.

Wie sieht es mit den Kostendeckungsgraden unserer Einrichtungen aus? Hierbei geht es nicht nur um Kindergärten und Friedhöfe, es geht auch um Einrichtungen, deren Mehrfachexistenzen vielleicht nicht mehr einfach nur so, weil sie eben schon lange da sind, noch weiterhin finanzierbar sind. Wir hatten zur Vorberatung darauf hingewiesen, dass wir die Anzahl der Feuerwehren, Ortschaftsverwaltungen und Bäder hinterfragt haben wollen. Diesbezüglich kommen wir zu weiteren Gesprächen nochmals auf die Verwaltung zu.

Keine Frage darf tabu sein, - wenn allerdings jeder lieb gewonnene Posten von vornherein als nicht veränderbar verteidigt wird, wird unser Schuldenproblem nicht gelöst werden können.

Was in den nächsten Jahren noch auf uns zukommen wird, kann derzeit kein Mensch sagen. Ist die Krise schon überstanden, oder kommt hier erst noch ein dickes Ende auf uns zu? Wie wird sich die demografische Entwicklung auf unser Leben hier in Balingen auswirken? Wie viele Kindertageseinrichtungen und Schulen werden wir noch brauchen? Wird es, und wenn wo Wohnraumleerstand geben?

Es geht uns nicht darum, ein düsteres Bild der Zukunft zu malen, wir hoffen wie alle, dass es gut weitergehen wird. Nur, weil eben von heute ausgehend niemand mehr vernünftig prognostizieren kann, was zeitnah und mittelfristig nötig sein wird, ist es aus unserer Sicht notwendig, sich Gestaltungsspielräume und –mittel zu sichern, die es erlauben, flexibel auf die kommenden Veränderungen einzugehen.

Wir möchten die –hoffentlich nur vorübergehenden- mageren Jahre gerne als Chance nutzen. Als Chance zur kritischen Reflexion des Status quo hin zu möglichen Neuorientierungen und Modernisierungen.

Wir sind uns bewusst, dass die derzeitige Haushaltslage kein ureigenes Balingener Problem ist, wie uns geht es vielen, vielen Städten landauf, landab. Die kommunale Selbstverwaltung ist zur Worthülse verkommen. Was können wir denn noch tatsächlich selbst verwalten und entscheiden? Viel ist das nicht mehr, denn unser Leben ist allgemein kompliziert, sehr sicher und teuer geworden. Sicherheitsmaßnahmen wie Brand- und Hochwasserschutz verschlingen Unmengen an Geld. Allein die Brandschutzmaßnahmen an den Schulen sind mit fast 900.000 € veranschlagt. Plus Investitionen in die Feuerwehren sind das rund 1,2 Millionen Euro Ausgaben für den Feuerschutz. Im Wasser- und Kanalbau fallen 2,5 Millionen Euro an. Für Straßenbauten einschließlich Torbrückensanierung sind knapp über 3 Millionen Euro eingeplant. Man mag diese Ausgaben alle als notwendig betrachten, darf dabei dann aber eben nicht übersehen, dass für weiteres kaum noch etwas übrig bleibt. Einrichtungen für Sport und Kultur sind so gesehen schon jetzt nur noch über Rücklagenentnahme und Schulden finanzierbar. Wie lange dieser Weg durchzuhalten ist, wissen auch wir nicht. Deshalb ist unsere Devise: umsteuern, und zwar nicht nur über globale Minderausgaben, sondern noch viel grundsätzlicher.

Auch sollten wir in Stuttgart und Berlin noch lauter protestieren. Wir können nicht mehr länger für all das bluten, was Landes- und Bundespolitik an Aufgaben den Kommunen aufbürden.

Wir brauchen wieder Handlungsspielräume, das Leben in unserer Stadt selbst zu verwalten und zu gestalten. Mit wie vielen guten Ideen sind hier alle Fraktionen in den Kommunalwahlkampf gezogen? Wie viel Sinnvolles und Hilfreiches haben Bürgerinnen und Bürger bei der Zukunftswerkstatt letzten Herbst erarbeitet? All das wird mit der jetzigen finanziellen Lage für die nächsten Jahre in den Schubladen liegen bleiben müssen, wenn wir nicht den Mut aufwenden, uns auch von Bequemlichkeiten und Annehmlichkeiten zu trennen, um daraus neue Möglichkeiten zur Weiterentwicklung Balingens zu gewinnen.

In der noch relativen kurzen Zeit unserer Wiederzugehörigkeit zum Gemeinderat haben wir Sie von der Verwaltung und auch Sie werte Kolleginnen und Kollegen im Gremium wieder sehr offen und am gemeinsamen Vorankommen, durchaus streitbar aber stets konstruktiv kennengelernt. Für dieses gute Zusammenwirken möchten wir uns ganz herzlich bedanken, insbesondere dort, wo das Eingehen auf unsere Anliegen Mehrarbeit bedeutete. Aufgrund dieser Erfahrung bin ich zuversichtlich, dass auch der vor uns liegende Sparkurs die Stadt mehr einen als trennen wird. Und so hoffe ich auch, dass unsere Ablehnung des Haushalts in dem Sinne Ihr Verständnis findet, dass uns der eingeschlagene Sparkurs noch nicht weit genug geht, und wir mit Ihnen allen noch weiter reichende Konsolidierungsmaßnahmen finden wollen.

Abschließend bleibt mir nun noch, Ihnen fürs aufmerksame Zuhören zu danken.